

Verschärfter Konkurrenzkampf?

Politische Bildung im Spannungsfeld extremismuspräventiver Anforderungen und professioneller Selbstbehauptung

Von Benedikt Widmaier

Für die politische Bildung in Deutschland nach 1945 ist die Erfahrung vertraut, insbesondere in Zeiten der Bedrohung durch sogenannte „extremistische“ Gefahren als besonderes Instrument der politischen Intervention, gewissermaßen als „Feuerwehr“, angesehen und gerufen zu werden.

Diese Muster waren nach Nazi-Schmierereien auf jüdischen Friedhöfen Anfang der 1960er-Jahre, in der Hochzeit der Anschläge der RAF in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre und nach rassistischen Attaken Anfang der 1990er-Jahre in Rostock und Solingen ähnlich. Nach diesen zuletzt genannten Übergriffen sind staatliche Sonderprogramme gegen Rechtsextremismus entstanden, die über mehrere Etappen und unterschiedliche Benennungen und

Rahmungen dann seit 2015 als Bundesprogramm „Demokratie leben!“ weitergeführt worden sind.¹

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ war von Anfang an ein politisches Interventions- und Feuerwehr-Programm, das gezielt auf eine „extremismuspräventive Demokratieförderung“ ausgerichtet ist und sich im Schwerpunkt der Prävention von Rechtsextremismus widmen soll.² Ausgangspunkt und Referenzdokument des Programms war u. a. die „Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung“. Angetrieben durch die öffentlichen Debatten und Untersuchungsausschüsse in Bundestag und Landtagen zu den NSU-Morden kann diese Strategie als die zentrale staatliche Leitlinie zum aktuellen Umgang mit Rechtsextremismus bezeichnet werden.³

Auch wenn darin politische Bildung als besonderes Handlungsfeld beschrieben wird, ist die neue „extremismuspräventive Demokratieförderung“ bei den zivilgesellschaftlichen Institutionen und Trägern der politischen Bildung durchaus als Misstrauenskundgebung gegenüber einem vermeintlichen Versagen der „alten“ politischen Bildung gelesen worden. Als nachgeordnete Behörde des Bundesjugendministeriums hat das Deutsche Jugendinstitut in einer seiner ersten Evaluationen zum Programm „Demokratie leben!“ deutlich gemacht, dass es dabei auch um die „Zunahme der Pluralität der geförderten Träger [...] des Wettbewerbs sowie der Arbeitsteilung“ gehe.⁴ Die zitierte Evaluation bezieht sich zwar auf die Fördersäule der sogenannten neuen bundeszentralen Träger im Aufbau. Der Grundgedanke von Weiterentwicklung und Wettbewerb lässt sich aber auf das gesamte Bundesprogramm übertragen. Ganz zu Recht unkte deshalb der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, Olaf Zimmermann, in der Zeitschrift „Politik & Kultur“ bereits in der Überschrift seines Beitrags zur aktuellen Ausschreibung für die Jahre ab 2020, dass das Programm „Demokratie leben!“ das „schwierige Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft“ deutlich mache und nicht klar sei, ob damit „die Konkurrenz statt das Miteinander“ gefördert werde.⁵

Strukturwandel der politischen Bildung

Gemessen an der Ausstattung des Bundesprogramms ist damit tatsächlich ein bislang einmaliger Strukturwandel der Institutionen der politischen Bildung und ein tiefgreifender Paradigmenwechsel im Hinblick auf die staatlichen Vorgaben von Themen und Inhalten eingeleitet worden.⁶ Allein der Vergleich der Fördertöpfe im Jugendministerium von

10 Mio. Euro im traditionellen Programm „Politische Jugendbildung“ im Kinder- und Jugendplan des Bundes auf der einen und 115,5 Mio. Euro im Programm „Demokratie leben!“ (2019) auf der anderen Seite macht die Disparität und politische Bewertung wertung der beiden Felder deutlich. Dazu kommt, dass neben den neuen bereits genannten bundeszentralen Trägern im Aufbau mit dem Bundesprogramm gezielt neue Trägerstrukturen auf den Ebenen der Kommunen (Partnerschaften für Demokratie) und der Länder (Landesdemokratiezentren) aufgebaut worden sind.



Während Prävention wesentlich auf die Vermeidung bestimmter Haltungen und Handlungen gerichtet ist, zielt Bildung auf Kompetenzzuwachs und Subjektbildung.

All das hat verständlicherweise große Irritationen bei den „alten“ Trägern der politischen Bildung ausgelöst, Irritationen, denen sich inzwischen auch die staatlichen Landeszentralen der politischen Bildung nicht entziehen konnten. Sie haben Anfang 2018 ein Diskussionspapier verabschiedet, aber zunächst nicht veröffentlicht. In dieser Stellungnahme werden die strukturellen und inhaltlichen Probleme im Zusammenhang mit einer „extremismuspräventiven Demokratieförderung“ deutlich auf den Punkt gebracht: (1) die über Jahre vernachlässigte strukturelle Förderung der Träger der „alten“ politischen Bildung, (2) die einseitige Themensetzung im Rahmen eines Sonderprogramms, das Demokratieförderung vorrangig unter der Prämissen von Gefahrenabwehr sieht und (3)

die unzureichende Einbindung der „neuen“ Träger der Demokratieförderung in die professionellen Fachdiskurse der politischen Bildung.⁷

Tendenz zur Versicherheitlichung

Sicher wird sich im ersten Moment niemand der gesellschaftlichen Bedeutung und der Anziehungskraft des Begriffs „Demokratieförderung“ entziehen und verschließen können. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen wird aber deutlich, dass er in der hier praktizierten Anwendung und Bedeutung seine Tücken hat. Demokratieförderung wird insbesondere einer sicherheitspolitischen Handlungslogik untergeordnet: Mit Hilfe von Demokratieförderung soll Extremismusprävention betrieben und damit innere Sicherheit gewährleistet bzw. hergestellt werden.

Inzwischen wird diese Logik von vielen Seiten kritisch in Frage gestellt. Prominent sind vor allem Kolleg*innen aus dem Deutschen Jugendinstitut zu nennen, die zur Berliner Erklärung aus Anlass des Deutschen Präventionstags 2019 zugearbeitet und eine eigene Expertise erstellt haben. In dem Gutachten zur „Pädagogischen Praxis im Handlungsfeld Radikalisierungsprävention“ wird deutlich herausgearbeitet, „dass Prävention und Bildung einer unterschiedlichen Handlungslogik folgen: Während Prävention wesentlich auf die Vermeidung bestimmter Haltungen und Handlungen und die ihnen zugrundeliegenden Motivationen, Orientierungen, Einstellungen und Intentionen gerichtet ist, zielt Bildung auf Kompetenzzuwachs und Subjektbildung. Damit ist nicht ausgeschlossen, dass politische Bildung – wie jedes andere Bildungsangebot auch – präventive Effekte hervorrufen kann.“⁸

Im Grunde sind sich die Expert*innen und die Praktiker*innen der politischen Bildung darin einig, dass eine auf Prävention hin ausgerichtete (Jugend-)Bildungsarbeit aus erziehungswissenschaftlicher Perspektive sehr fragwürdig ist.⁹ Trotzdem bleibt im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ seit 2010 die Extremismusprävention die zentrale Leitidee. Das nährt den Verdacht, dass es hier doch eher um symbolische Politik (Der Staat tut etwas für die innere Sicherheit!) als um eine sinnvolle konzeptionelle Ergänzung oder Weiterentwicklung von pädagogischen Konzepten der politischen Bildung (Wir brauchen kritische Demokratie!) geht.

Zu Recht wird deshalb vor dieser zunehmenden „Versicherheitlichung“ von politischer Bildung gewarnt.¹⁰ Gleichermaßen ließe sich aber auch von einer Pädagogisierung von Sicherheitsbehörden sprechen. Thomas Pfeiffer etwa, Mitarbeiter des Verfassungsschutzes in Niedersachsen, plädiert offensiv dafür, politische Bildung in das „Aufgabenportfolio des Verfassungsschutzes einzubeziehen“, zumal in der Aufklärungsarbeit des Verfassungsschutzes „keine geringeren Standards als in der professionellen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung“ gälten.¹¹ Und in Hessen wird das Landesprogramm „Hessen aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ von einer Abteilung des Landespolizeipräsidiums koordiniert, dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE).¹² Sicherheitsbehörden besetzen damit offensiv und selbstbewusst ein Feld, das bisher den bildungsnahen Ressorts wie Kultur- oder Sozialministerien zugeordnet war. Diese an die Tradition des „erzieherischen Verfassungsschutzes“ anknüpfende Aufgabenverteilung lässt sich auf Bundesebene ebenfalls beobachten, wo die Bundeszentrale bis heute



nicht dem Bildungsministerium, sondern dem Innenministerium und damit dem für Verfassungsschutz zuständigen Sicherheitsministerium unterstellt ist.¹³

Begriffsverwirrung und neue Unübersichtlichkeit

Vor dem Hintergrund der bisher beschriebenen Entwicklungen leuchtet es auch Außenstehenden ein, dass zunehmend schwer zu beschreiben ist, was politische Bildung ist bzw. sein soll und was ihre besonderen Aufgaben sind. Die professionellen Standards

„Die neuen demokratiebildenden Arbeitsfelder konkurrieren miteinander und schaffen ein im Hinblick auf Ziele und Aufgaben der politischen Bildung eher unproduktives Nebeneinander.“

der politischen Bildung stehen in der Gefahr sich aufzulösen. Ein so gut ausgestattetes staatliches Top-Down-Programm wie „Demokratie leben!“ übt erheblichen Veränderungsdruck aus. Im Programm spielen zudem Aufgaben wie Mobile Beratung, Opferberatung und Gewaltprävention eine wichtige Rolle, die ähnlich wie die allgemeine Prävention zunächst nicht der Handlungslogik der politischen Bildung folgen und ihr eigentlich auch nicht zugeordnet werden sollten.

Für zusätzliche Verwirrung im Hinblick auf die Frage, was heute politische Bildung ist, sorgen andere parallele Entwicklungen. Denn im Moment verbreiten sich weitere Begriffe, die „Demokratie“ mit pädagogischen Begriffen/Feldern verbinden, wie etwa Demokratiepädagogik, Demokratiebil-

dung oder Demokratieerziehung. Diese neuen vermeintlichen Synonyme für politische Bildung werden zum Teil von bedeutenden Institutionen gesetzt, etwa von der Kultusministerkonferenz (Demokratieerziehung), vom Bundesjugendkuratorium (Demokratiebildung) oder der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik.¹⁴

Diese neue Vielfalt an Begriffen wäre nicht grundsätzlich problematisch, solange deutlich wird, wie sich die einzelnen Begriffe/Felder definieren und voneinander abgrenzen lassen. Erst dann würde auch deutlich, ob und wie sich beispielsweise Demokratiepädagogik von politischer Bildung unterscheidet und wie beide im Sinne von Aufgabenteilung und Synergien aufeinander bezogen werden könnten. Tatsächlich sind aber die benannten neuen demokratiebildenden Arbeitsfelder nur schwer voneinander zu unterscheiden. Sie konkurrieren miteinander und schaffen ein im Hinblick auf Ziele und Aufgaben der politischen Bildung eher unproduktives Nebeneinander. Bisher gibt es kaum Debatten und Vorschläge, wie man im Dienste einer demokratischen Erziehung und Bildung das Nebeneinander produktiver gestalten könnte. Ich selbst habe zuletzt den Vorschlag gemacht, Demokratiepädagogik und politische Bildung stufentheoretisch zusammenzuführen und dafür die lange vernachlässigte Theorie der politischen Sozialisation zu nutzen. Bestimmte Aufgaben der Demokratiepädagogik und der politischen Bildung könnten dann in verschiedenen Altersgruppen besonders gewichtet und produktiv aufeinander bezogen werden.¹⁵

Mobile Beratung und politische Bildung

Zu den wichtigsten und größten Arbeitsbereichen der „extremismuspräventiven

Demokratieförderung“ gehört die Mobile Beratung.¹⁶ Mobile Beratung gegen Rechts-Extremismus lässt sich außerdem seit den 1990er-Jahren als wichtiger Ausgangspunkt und Kontinuum der Extremismuspräventiven Aktivitäten beschreiben, die zum Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geführt haben. Das Handlungskonzept der Mobilen Beratung folgt der „Prämisse, dass Rechtsextremismus nicht nur alleine mit repressiven Mitteln zu begegnen sei, sondern vielmehr gesellschaftliche Kräfte aktiviert und unterstützt werden müssen, die zur Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas beitragen können.“¹⁷ Grundsätzlich ist die Mobile Beratung im Kontext der „extremismuspräventiven Demokratieförderung“ nicht nur der älteste Arbeitsbereich, sondern auch der im Blick auf die Qualitätsentwicklung am besten entwickelte Bereich. Das Beraternetzwerk Hessen hat beispielsweise zum wiederholten Mal das Qualitätssiegel „Kundenorientierte Qualitätsentwicklung für Beratungsorganisationen“ (KQB) erworben und ein eigenes Qualitätshandbuch (weiter-)entwickelt.¹⁸

In den handlungsleitenden Grundsätzen der Mobilen Beratung wird eine gewisse Nähe zur politischen Bildung deutlich. Vor dem Hintergrund einer solchen Selbstbeschreibung könnte es zwischen der Mobilen Beratung und der politischen Bildung, die eben nicht Prävention betreiben, sondern „auch immer wieder gesellschaftskritische Impulse“¹⁹ setzen will, weniger Reibungsflächen und Klärungsbedarf geben als zwischen der politischen Bildung und anderen Handlungsfeldern der „neuen“ Demokratieförderung.

Die Zusammenarbeit zwischen Mobiler Beratung und politischer Bildung erscheint mir auch strukturell wenig vorbelastet. Mo-

bile Beratung und politische Bildung sind Handlungsfelder, die sich in ihrem Arbeitsauftrag klar voneinander abtrennen lassen und die infolgedessen nicht miteinander konkurrieren müssen. Im Gegenteil können aus Mobiler Beratung Interventionen der politischen Bildung entwickelt werden. Und andersherum können aus Maßnahmen der politischen Bildung neue und weitere Bedarfe der Unterstützung durch Mobile Beratung entstehen. Insofern, und das ließe sich auch aus der eigenen Erfahrung eines Referats Mobile Beratung in einer Akademie für politische Bildung deutlich empirisch belegen, kann die Zusammenarbeit von Mobiler Beratung und politischer Bildung erhebliche Synergieeffekte für beide Seiten und damit für die Entwicklung einer zivilgesellschaftlichen partizipativen Demokratie mit sich bringen.

Benedikt Widmaier ist Politikwissenschaftler und Direktor der Akademie für politische und soziale Bildung „Haus am Malberg“ in Heppenheim. Er ist Mitglied in den Vorständen der Arbeitsgemeinschaft katholischer sozialer Bildungswerke (AKSB) und der Deutschen Vereinigung für politische Bildung (DVPB) und gehört der Redaktion des „Journals für Politische Bildung“ an.

- 1 Vgl. Behn u. a. (2013), Roth (2010).
- 2 Vgl. Widmaier (2018a).
- 3 BMFSFJ (2016).
- 4 Bischoff u. a. (2015), 24.
- 5 Zimmermann (2019), vgl. auch Grüning/Meyer (2018).
- 6 Vgl. Widmaier (2018c).
- 7 Vgl. Zentralen der politischen Bildung (2018).
- 8 Milbradt u. a. (2019), 12.
- 9 Vgl. Hafeneeger (2019).
- 10 Gill/Achour (2019), 35.
- 11 Pfeiffer (2010), 78f.
- 12 Vgl. Grüning/Meyer (2018).
- 13 Vgl. Widmaier (2018a).
- 14 Vgl. Widmaier (2018b).
- 15 Vgl. Widmaier (2019).
- 16 Vgl. Becker/Schmitt (2019).
- 17 Klare/Becker (2019), 21.
- 18 Vgl. Demokratiezentrum Hessen (2018).
- 19 Hafeneeger (2019), 24.

Auf zu neuen Ufern

Warum Mobile Beratung
und Politische Bildung
mehr sein müssen
als Extremismusprävention

